

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 88 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Kruppen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Haecke, Inh. Walter Haecke Verantwortlich: R. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheine einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 167

Bad Schandau, Mittwoch, den 20. Juli 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Bei den Badischen Anilin- und Sodawerken in Nordhausen entstand durch eine Frühzündung eine heftige Explosion. Zwei Arbeiter wurden in die Luft geschleudert; sie erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus starben.

* Im Gegenjah zu der von dem diplomatischen Sonderkorrespondenten des Daily Telegraph aufgestellten Behauptung, daß Chamberlain sich mit der Absicht trage, Berlin vor der nächsten Völkerbundstagung zu besuchen, wird von Chamberlain nachstehender Seite erklärt, daß von einer solchen Absicht wenigstens vorläufig nichts bekannt sei.

* Wie die D. A. Z. aus Tokio meldet, ist gestern dort der deutsch-japanische Handelsvertrag im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden. Die Verhandlungen waren auch in Tokio geführt worden.

* Ein gewaltiger Wolkenbruch suchte in Luxemburg das Merzhertal bei Lintgen heim. Die Fluten stürzten von den umliegenden Bergeshängen zu Tal, Fischweiber barsten; die Wasserströme füllten die Erdgeschosse des Fleckens Lintgen bis zur Decke. Vieh, Autos und Wagen wurden fortgerissen und das Elektrizitätswerk teilweise zerstört. Hohe Schlammrinnen bedecken weithin das Gelände.

Die Kapitulation.

Wien ist wieder ruhig, ist eine Stadt, deren äußere Physiognomie schon wieder fast als normal zu bezeichnen ist. Der Streit ist zu Ende; denn die sozialdemokratische Partei- und die Gewerkschaftsleitung haben ihn abbläsen müssen. Er war nicht bloß zwecklos geworden, weil der Bundeskanzler Dr. Seipel alle Forderungen ablehnte, er wurde auch zur Gefahr. In den kleinen Städten und auf dem Lande regte es sich und der Marsch auf die großen Städte war schon keine Drohung mehr, sondern war hier und da schon zur Tat geworden. In Tirol, in Steiermark, in Kärnten und im Salzburgerischen konnten die Landesregierungen mit Hilfe der Heimwehr eine Gegenaktion rasch durchführen, die dem Streit das Rückgrat zerbrach.

Und an dem tatsächlich erzwungenen Ende ändert nichts mehr, daß die Kommunisten eine Fortsetzung des Kampfes predigen, Moskau seine Hand hineinsteckt; der deutsche Kommunist und Reichstagsabgeordnete Wiedemann kam zu spät im Flugzeug herangebraut; die Polizei griff zu und setzte ihn fest zusammen mit ein paar Beamten der Wiener russischen Handelsvertretung. Sicherlich wird Moskau protestieren; aber die Polizei behauptet, Material genug zu haben zum Beweis dafür, daß mit auswärtiger Förderung ein regelrechter Putschversuch geplant war. Sehr glaubhaft; es wäre ja nicht das erstmal gewesen. Und wird wohl nicht das letzte sein.

Die Sozialdemokratie mußte kapitulieren. Bedingungslos. Keine Straffreiheit ist den Streikenden zugesichert worden und in der Hand der Regierung liegt es ganz allein, ob sie die Drahtzieher zur Verantwortung ziehen will. Freilich — in Österreich ist noch viel von dem Geist — oder Ungeist erhalten geblieben, den einst ein Ministerpräsident in die Worte kleidete: „Es wird fortgewürfelt.“ Schon hat sich innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Frage erhoben, warum diese ganze Aktion verpuffte. Sie übernahm die Leitung einer Demonstration, die ihr überraschend gekommen war, schon längst aber zur Notwendigkeit wurde. Die Flammen, in denen der Justizpalast aufging, beleuchteten eine schwere Niederlage der Partei und der Gewerkschaften und nun beginnt man, nach einem Sündenbock zu suchen. Daran ändert nichts die papierne Rückzugsaktion der Zeitungen, auch nicht, daß es ein Kommunist war, der den ersten Schuß abfeuerte. Der Rest, das, was übrigbleibt, ist eine schwere wirksame politische Schädigung, die noch lange nachwirken wird. Daß sie nicht größer wurde, verhinderte nicht die Aufgabe des Streiks, sondern seine schon allzu deutlich gewordene Ausfallslosigkeit.

Der radikale Flügel der österreichischen Sozialdemokratie, die ja an sich schon radikal genug ist, ist offenbar dem Druck von noch weiter links erlegen und der rechte gab gleichfalls nach. Wer aber wieder einmal talentlos beiseite stand, das ist das Wiener Bürgerium gewesen. Ihm fehlt jeglicher politischer Wille; es ist innerlich zermürbt von Kriegs- und Nachkriegszeit. In aller Schrockenheit standen sich aber die Wiener Arbeiterschaft und das sächsische Land gegenüber, das nun auch zweifellos eine künftige Nachgiebigkeit den im Kampf Unterlegenen gegenüber nicht dulden wird. Seinen Elementen zum mindesten, die im Dunkeln wühlten und von denen die Fäden hinüberlaufen nach Moskau, wird die Regierung Seipel eine starke Hand zeigen müssen.

Nach außen hin sind die Flammen erloschen, aber im Innern des unglücklichen Staates werden sie weiter schwebeln. Ein Geschehnis wie das, das sich in Wien ereignete, bringt ja wachsende Erbitterung mit sich. Auf beiden Seiten. Und weiter wird sich diese Mißgeburt von Staat durch die öde, aussichtslose Armut ihres Daseins hinfeschleppen müssen.

Einberufung des Nationalrats.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat an den Präsidenten des Nationalrates, Kallas, ein Schreiben gerichtet, in dem er auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung die Einberufung des Nationalrates für Montag, den 25. Juli, verlangt. Der Präsident hat im Sinne dieser Eingabe die Einberufung der Sitzung verfügt. Mit Rücksicht darauf, daß die Bewachung des Parlamentsgebäudes durch Abteilungen des Bundesheeres weiterhin nicht mehr als notwendig erscheint, wurde durch das Polizeivorstadium deren Zurückziehung veranlaßt.

Die Untersuchung über die Vorgänge in Wien.

Wien. Wie die „Stunde“ meldet, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß alle zur Anzeige gelangten Fälle von Beschuldigungen gegen Mitglieder der Bundespolizei strengstens untersucht werden. Auf Grund der Anzeigen der Polizei hat die Staatsanwaltschaft nach der gleichen Quelle die Untersuchung gegen zahlreiche Personen eingeleitet. Bisher befinden sich mehr als 300 Personen in Untersuchungshaft. Von den während der Strafenunruhen verhafteten Personen sind bis gestern Abend dem Landgericht I insgesamt 75 Beschuldigte eingeliefert worden. Die Anklage lautet auf die verschiedensten Delikte, auf Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit gegen die Polizei, Aufruhr, Aufreizung gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Brandstiftung. Die Eingelieferten wurden gleich verhört. Die wegen geringfügiger Delikte Verhafteten wurden später freigelassen.

Die politischen Verbände in Österreich.

Wien. Die „Wiener Mittagszeitung“ bringt an der Spitze des Blattes die Meldung, daß der Republikanische Schutzbund und die Frontkämpfervereinigung in der nächsten Zeit aufgehoben werden sollen. An amtlicher Stelle liegt eine Bestätigung dieser Meldung nicht vor.

Ungarische Studenten in Wien verhaftet.

Wien, 19. Juli. Wie die Reichspost meldet, wurden auch heute zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die mit den Unruhen im Zusammenhang stehen. Unter den Verhafteten befinden sich auch ungarische Studenten, die nur zu „kurzem Studienaufenthalt“ nach Wien gekommen sind.

Der deutsche Gesandte bei Seipel.

Der deutsche Gesandte in Wien, Graf Verchenfeld, hat am gestrigen Dienstag beim Bundeskanzler vorgeprochen, um dem Bedauern der Reichsregierung über die gefallenen Opfer Ausdruck zu geben. Gleichzeitig sprach der Gesandte namens seiner Regierung die Genugtuung aus, daß die Wiener Regierung die kritischen Tage so rasch beenden konnte.

Moskau und die Russenverhaftungen in Wien.

Riga, 19. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Nachricht von der Verhaftung von Angestellten der russischen Handelsvertretung in Wien in Sowjetrussen große Unruhe ausgelöst. Die Sowjetregierung erwartet das Eintreffen authentischer Meldungen über die Verhaftungen. Tschitscherin wird morgen den österreichischen Gesandten in Moskau empfangen. In Moskau werden Reisen erwartet, daß die Sowjetregierung wahrscheinlich die Freilassung der verhafteten Russen fordern werde.

Die kommunistische Internationale hat, wie weiter aus Moskau berichtet wird, einen zweiten Aufruf an das Weltproletariat gerichtet, in dem erneut zum Kampf gegen das Bürgertum aufgefordert wird.

Die Brenner-Grenze für Österreicher nicht gesperrt.

Wien, 19. Juli. Wie der Politischen Korrespondenz von der italienischen Gesandtschaft mitgeteilt wird, entsprechen die Blättermeldungen, wonach die Einreise über den Brenner nach Italien für Österreicher nur auf Grund einer besonderen in Rom eingeholenden Erlaubnis gestattet sei, nicht den Tatsachen. Für die Einreise nach Italien genügt auch für Österreicher der ordnungsmäßig ausgestellte Paß und das gewöhnliche italienische Visum.

100 Tote, 1000 Verwundete in Wien.

Wien, 20. Juli. Die Zahl der Toten ist auf 100 angewachsen. Es ist damit zu rechnen, daß nunmehr noch eine Reihe von Verwundeten stirbt. Die Gesamtzahl der Verwundeten wird auf etwa 1000 angegeben.

Der Stand der Dreimächtekonferenz.

Einigung in der U-Boot-Frage.

Den Londoner Blättern zufolge sollen Großbritannien und Japan eine einstweilige Vereinbarung wegen der Stärke der Kreuzer getroffen haben; die Bedingungen seien mit den amerikanischen Vertretern an einem geheimgehaltenen Ort außerhalb Genfs erörtert worden. Großbritannien würde nach diesem Plan drei oder vier Kreuzer preisgeben.

Die zwischen der britischen und der japanischen Delegation zustande gekommene Einigung in der Kreuzerfrage wurde, wie verlautet, wesentlich erleichtert durch den Umstand, daß die britische Delegation die durch die insulare Lage Japans begründeten Ansprüche Japans in der U-Bootfrage grundsätzlich anerkannt hat. Es sollen den Japanern ungefähr ebensoviel U-Boote, als Großbritannien selbst beansprucht hatte, zuerkannt worden sein.

Zustimmung der japanischen Marinebehörden zum provisorischen Abkommen mit England.

London, 19. Juli. Nach Meldungen aus Tokio hat die japanische Marinebehörde dem japanischen Chefdelegierten in Genf, Saito, telegraphisch Mitteilung gemacht, daß sie das mit England abgeschlossene provisorische Abkommen in der Seeabrüstungsfrage billige. Das vorläufige Abkommen werde jedoch nicht als unabänderlich betrachtet.

Die von einem Teil der französischen Presse gebrachten Meldungen über die bevorstehende Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses werden von der Londoner Presse kommentarlos wiedergegeben.

Kabinettsitzung in London.

Besprechungen

über das provisorische englisch-japanische Flottenabkommen.

London, 19. Juli. In der Downingstreet fand heute unter dem Vorsitz Baldwins eine außerordentliche Kabinettsitzung statt, an der auch Lord Beatty und Jellicoe teilnahmen. Zweck der Besprechung war die Erörterung des mit der japanischen Delegation in Genf erzielten provisorischen Abkommens über die Einschränkung der Kreuzer, das, wie es heißt, die Einschränkung mehrerer britischer Kreuzer erforderlich macht.

Im Anschluß an den Kabinettsrat hatte Jellicoe eine längere Aussprache mit Baldwin, Chamberlain, Lord Balfour und Salisbury. Die letzten aus Genf vorliegenden Berichte wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Bericht des ersten Lords der Admiralität zeigt, wie verlautet, daß zwischen England und Japan erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. Dem provisorischen Abkommen zwischen beiden Ländern wird hier die größte Bedeutung beigemessen, um so mehr, als der amerikanische Chefdelegierte erklärt hat, daß Amerika sich bemühen werde, sich der Vereinbarung anzuschließen.

Der deutsch-belgische Notenwechsel.

Was in den Noten steht.

Die deutsche Regierung hat auf die belgische Note, die zu den Vorwürfen des belgischen Kriegsministers gegenüber der deutschen Reichswehr Stellung nahm, jetzt eine Antwort erteilt, die bereits in Brüssel überreicht worden ist. Zwar werden auf Wunsch Belgiens beide Noten noch amtlich geheimgehalten, doch sind schon jetzt Einzelheiten aus dem Notenwechsel inoffiziell bekannt geworden. Der belgische Kriegsminister schiebt seine Vorwürfe in der Hauptsache auf drei Momente. Erstens beruht er sich auf eine Note der Botschaftskonferenz vom Februar 1925, in der gegen die Reichsregierung der Vorwurf erhoben ist, daß sie mehr als die im Versailler Vertrage zugelassenen 5 Prozent vorzeitiger Entlassungen vornehme. Zweitens wird darauf hingewiesen, daß nach einer Erklärung des Wehrministers Geisler im Reichsratsauschuß von 60 000 Freiwilligen, die sich für die Marine gemeldet haben, nur 1800 eingestellt worden sind. Daraus folgert die belgische Regierung: da die Marine insgesamt 15 000 umfasse, seien also in einem Jahre 12 Prozent (1800) neu eingestellt worden. Drittens: aus einer Erklärung des demokratischen Abgeordneten Rönneburg im Reichstag gehe hervor, daß jährlich 15 000 Mann aus der Reichswehr ausscheiden.

In der deutschen Antwort wird nun, wie in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, festgestellt, daß im Jahre 1925 überhaupt keine Note der Interalliierten Militärkontrollkommission bei der deutschen Reichsregierung eingegangen sei. Was die Entlassungen in den Jahren 1925 und 1926 anbeträfe, so seien in diesen Jahren weniger Mannschaften entlassen worden, als es Deutschland erlaubt wäre. Die Ausführungen des Abg. Rönneburg bezogen sich nicht etwa auf jährliche Entlassungen.